

Planzeichnung

Beschlussanlage Nr. 5

SO 3.1

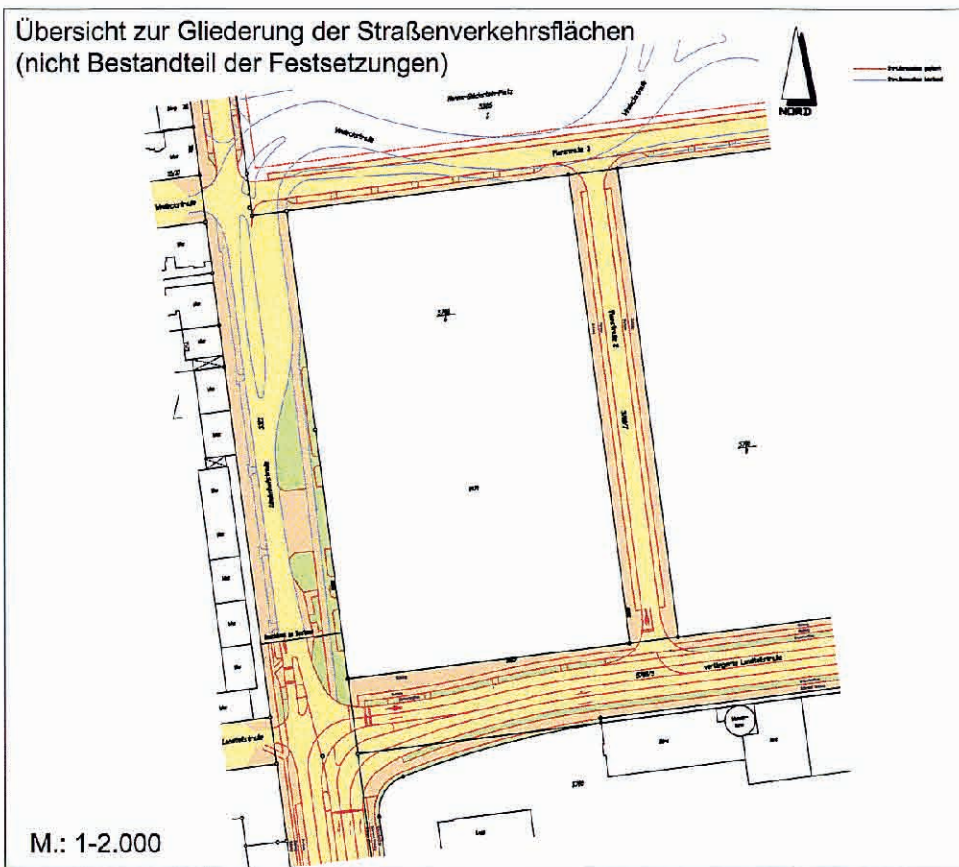
SO 4

SO 3.2

Die Übereinstimmung der bestehenden Grundstücke und Gebäude innerhalb des Geltungsbereichs mit dem Vermessungswerk, Stand vom 1.1.2007, wird bestätigt.

Fachbereich Geoinformation und Vermessung

M: 1 : 500



Windeckstraße

Landteilstraße

Planstraße 2

verlängerte Landteilstraße

Bereich für Ein- / Ausfahrt

Bereich für Ein- / Ausfahrt

Bereich für Ein- / Ausfahrt

Bereich für Ein- / Ausfahrt

Bereich für Ein- / Ausfahrt

Bereich für Ein- / Ausfahrt

Bereich für Ein- / Ausfahrt

Bereich für Ein- / Ausfahrt

Bereich für Ein- / Ausfahrt

Bereich für Ein- / Ausfahrt

Bereich für Ein- / Ausfahrt

Bereich für Ein- / Ausfahrt

Bereich für Ein- / Ausfahrt

Bereich für Ein- / Ausfahrt

Bereich für Ein- / Ausfahrt

Erklärung der Planzeichen

Festsetzungen nach BauGB und BauNVO

Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

SO 1 Sondergebiet „Heinrich-Lanz-Carré“ (§ 11 BauNVO)
Gliederung in Teilbereiche (z.B. Teilbereich SO 1) (siehe Textliche Festsetzungen 1.2)

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 und 1 Nr. 2 BauGB)

OK max. u. NN Höhe baulicher Anlagen: Oberkante über NN als Höchstmaß
OK min. u. NN Höhe baulicher Anlagen: Oberkante über NN als Mindestmaß

Bauweise, Bautypen, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

Baugrenze (§ 23 BauNVO)

Flächen für Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)

Flächen für Tiefgarage

Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

Straßenverkehrsflächen
Straßenbegrenzungslinie
Bereich für Ein- / Ausfahrt

Flächen für Versorgungsanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB)

Fläche für Versorgungsanlagen
Trafostation

Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

Flächen für besondere Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen
Die Umgrünungsflächen dieser Flächen wurden aus Gründen der Lesbarkeit nach innen neben die Baugrenzen versetzt, beziehen sich jedoch immer auf die unmittelbar an die Straßenverkehrsfläche angrenzende Baugrenze und damit auf das Gesamtgebiet.

Schallschutzmaßnahmen (z.B. Schallschutzmaßnahmen 2)

Lärmpegelbereiche (z.B. Lärmpegelbereich V)

Anpflanzen von Bäumen
Erhalten von Bäumen

Anzahl der Bäume (z.B. 9)

Sonstige Planzeichen

Anderszonen

Bezugspunkt für Höhe der baulichen Anlagen in Meter über NN

Vermessung in Metern (z.B. 1.5 m)

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen (§ 11 Abs. 2 BauNVO)

Textliche Festsetzungen

Beschlussanlage Nr. 6

I Festsetzungen nach BauGB und BauNVO

§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB
§ 11 BauNVO

1.1 Sondergebiet „Heinrich-Lanz-Carré“ dient der Unterbringung eines Einkaufszentrums, von Einrichtungen der Altenpflege, von gewerblichen Formen der Wohnnutzung, Wohnen sowie der Unterbringung von Gewerbebetrieben, die das Wohnen nicht wesentlich stören.

1.2 Allgemein zulässige Nutzungen

In dem Teilbereich SO 1 des Sondergebiets sind
• Im Erdgeschoss Einzelhandel mit einer maximalen Verkaufsfläche von insgesamt 2.300 m² und
• ab dem 1. Obergeschoss eine Pflegeheimnutzung zulässig.

In dem Teilbereich SO 2 des Sondergebiets sind
• betreutes Wohnen,
• Anlagen für gesundheitliche Zwecke,
• Einzelhandel mit einer maximalen Verkaufsfläche von insgesamt 200 m²,
• Gebäude und Räume für freie Berufe und
• sonstige nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe zulässig.

In dem Teilbereich SO 3.1 des Sondergebiets sind
• Wohngebäude sowie
• Geschäfte und Bürogebäude zulässig.

In dem Teilbereich SO 3.2 des Sondergebiets sind
• Wohngebäude zulässig.

In dem Teilbereich SO 4 des Sondergebiets sind
• ein Boardinghaus sowie
• ein Hotel zulässig.

In den Teilbereichen SO 1 bis SO 4 sowie in dem Teilbereich SO 5 des Sondergebiets sind
• untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen, die der Vor- und Entsorgung des Sondergebietes „Heinrich-Lanz-Carré“ mit Elektrizität, Gas, Wärme und Wasser sowie zur Ableitung von Wasser dienen sowie
• Anlagen zum Abstellen von Kfz und Fahrrädern, die den in dem Sondergebiet „Heinrich-Lanz-Carré“ zu schließenden Nutzungen dienen, zulässig.

2. Maß der baulichen Nutzung

§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

2.1 Grundflächenzahl (GRZ)

Für das Sondergebiet „Heinrich-Lanz-Carré“ wird eine GRZ von 0,9 festgesetzt.

2.2 Überschreitungen der zulässigen Grundfläche

Die zulässige Grundfläche darf durch die in § 19 Abs. 4 Satz 1 BauNVO beschriebenen Anlagen bis zu einer GRZ von 1,0 überschritten werden.

2.3 Höhe der baulichen Anlagen

Die festgesetzte Höhe der baulichen Anlagen darf durch untergeordnete Gebäudeteile ausnahmsweise um max. 1 m auf höchstens 10 % der Dachfläche überschritten werden.

3. Flächen für Nebenanlagen und Stellplätze

§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB

§ 9 Abs. 3 BauGB

§ 12 BauNVO

Stellplätze sind innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

Zusätzlich sind diese innerhalb der durch festgesetzten Flächen in baulichen Anlagen unterhalb der Erdoberfläche (Tiefgarage) zulässig.

4. Regenwasserbewirtschaftung

§ 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB

Im Teilbereich SO 5 des Sondergebietes „Heinrich-Lanz-Carré“ ist das zur Versickerung geeignete Regenwasser von überbauten und versiegelten Flächen im Bereich der Tiefgarage zu sammeln und an mindestens zwei Flächen mit Bodenschluss, die eine Mindestgröße von insgesamt 150 m² besitzen müssen, mit geeigneten Maßnahmen zur Versickerung zu bringen.

6. Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstigen Gefahren im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes sowie die zum Schutz vor solchen Einwirkungen oder zur Vermeidung oder Minderung solcher Einwirkungen zu treffenden baulichen und sonstigen technischen Vorkehrungen.

§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB

6.1 Innerhalb der in der Planzeichnung mit SM1, SM2 und SM3 bezeichneten Flächen sind an den in der nachstehenden Tabelle benannten Geschossen und Fassaden die unter 6.2, 6.3 und 6.4 beschriebenen passiven Schallschutzmaßnahmen durchzuführen.

Bezeichnung der Flächen mit Festsetzungen zu passiven Schallschutzmaßnahmen in Verbindung mit der Angabe der betroffenen Geschosse und Fassaden

Festsetzung der Schallschutzmaßnahmen im Hochbau – Anforderungen und Nachweise vom November 1989

SM 1 an allen Fassaden
SM 2 an allen Fassaden in allen Geschossen, außer den Fassaden der Geschosse 1 bis 4, die dem Innerhof zugewandt sind
SM 3 an allen Fassaden aller Geschosse, außer an den Fassaden der Geschosse 1 bis 4, die dem Innerhof zugewandt sind

Lärmpegelbereiche gem. DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau – Anforderungen und Nachweise“ vom November 1989

Table 1 Bezeichnung der Flächen mit Festsetzungen zu passiven Schallschutzmaßnahmen in Verbindung mit der Angabe der betroffenen Geschosse und Fassaden

§ 9 Abs. 1 BauGB

§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB
§ 11 BauNVO

5.2 Bei der Errichtung und der Änderung von Gebäuden sind die Außenbauteile der Außenbauteile mindestens gemäß den Anforderungen der in der Planzeichnung für die jeweiligen Fassaden angeführten Lärmpegelbereiche nach § 12 LuftVG des Vertriebsgesetzes „Örtlicher Mannheimer“. Die Errichtung von Bauwerken in diesem Bereich bedarf der Zustimmung der Luftfahrtbehörde.

6.1 Baumschutzsatzung

Für den Schutz des Baumbestandes innerhalb des Geltungsbereichs wird auf die Satzung der Stadt Mannheim über den Schutz von Grünbeständen (Baumschutzsatzung) vom 28. November 1995 hingewiesen.

6.2 Schutz von unterirdischen Leitungen

Bei der Verlegung von Leitungen sind die bestehenden und die im Bebauungsplan festgesetzten Geländestände freizuhalten (gemäß Maßstab über Baumbestand und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen, FGSV 636). Versorgungsleitungen müssen einen Mindestabstand von 2,5 m zu den Pflanzungen einhalten.

6.3 Pflanzungen

Die Pflanzungen und Pflanzarbeiten sind gemäß DIN 19816 durchzuführen. Für die Pflanzungen und Pflanzarbeiten gelten die Standards aus dem Handbuch „Vorgaben für das Planen und Bauen im öffentlichen Bereich“ des Fachbereichs 51 der Stadt Mannheim. Für die Anlage von Rasen und Saatarbeiten gilt DIN 19817. Die Entwicklungs- und Unterhaltungspflege von Grünflächen ist gemäß DIN 19819 durchzuführen.

6.4 Baumschutzmaßnahmen

Während der Bauphase sind gefährdete Einzelbäume im Bereich der Baustelle vor Beschädigungen von Stamm und Wurzelraum durch Sicherungsmaßnahmen gemäß der Richtlinien zum Schutz von Bäumen und Strüchern im Bereich von Baustellen“ (RAB-LO-4) und DIN 19892 zu schützen.

6.5 Kampfmittel

Im Vorfeld der Baumaßnahmen sind, soweit nicht schon im Rahmen der baulichen Abriss- und Bodenreinigungsarbeiten geschehen, Maßnahmen zur Kampfmittelsicherheit zu treffen. Eine kostenpflichtige Befragung (Suche nach und ggf. Umschaltmachung sowie Entsorgung von Kampfmitteln) ist durch den Kampfmittelbeseitigungsdienst des Landes Baden-Württemberg (KMBD) sowie private Firmen möglich.

6.6 Grundwasser

Bei notwendigen Grundwasserabsenkungen im Rahmen der Baumaßnahmen ist die Behandlung des geförderten Grundwassers mit dem FB 63 (Bauwerk und Umweltschutz) der Stadt Mannheim im Vorfeld abzustimmen.

7. Bestehende Richtfunktrecken

Das Polizeiraidium Mannheim betreibt eine Richtfunkstrecke, die durch den Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 43.20 „Heinrich - Lanz - Carré“ führt. Sie verläuft im Stadtgebiet Mannheims von „L57 zur Baubaustraße 44“.

Im Geltungsbereich verläuft die Richtfunkstrecke von der nordwestlichen Ecke des Geltungsbereichs nach Süden über den Hauptgürtelbereich und führt über die Südwest-Ecke des Baubaus des „Heinrich - Lanz - Carré“. Eine detaillierte Angabe über Breite und exakte Höhenlage der Richtfunkstrecke liegt nicht vor.

Um die Funktionsfähigkeit der Richtfunkstrecke nicht zu gefährden, sind während der Bauphase und nach Aufhebung der notwendigen aufgeführten Anforderungen und Auflagen zu berücksichtigen:

• Baukräne sind auf der der Lindenstraße abgewandten Seite der Baustelle aufzustellen.

• Baukräne sind so zu betreiben, dass die betreffende Luftraum nur im konkreten Arbeitszeitpunkt (kurzzeitig und nur soweit unbedingt nötig) in Anspruch genommen wird.

• Es ist zu vermeiden, temporäre Bauteile zu errichten, die die Richtfunkstrecke beeinträchtigen.

• Es ist sicher zu stellen, dass die Polizei im Falle tatsächlicher Störungen auf dem Gebäude passive Technik zur korrigierenden Unterbrechung der Richtfunkstrecke errichten darf.

8. Dem Bebauungsplan liegt folgende Fassung der BauNVO zugrunde:

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. S. 133) zuletzt geändert am 22.04.1993

9. Planzeichnung

Längensmaß und Höhenangaben sind in Metern angegeben.

IV Anhang – Pflanzlisten

Pflanzarten

Die Artenauswahl für Grünpflanzungen soll die besonderen ständörtlichen Gegebenheiten (Klima, Boden, Wasser, Lichtbedarf) der innerstädtischen bebaubaren Vor- schläge für die zur Auswahl stehenden Pflanzarten für die Bepflanzung im Straßenraum und die Fassadenbegrünung sind in den Pflanzlisten genannt.

Vorschlagsliste Bäume:

Acer campestre
Acer platanoides
Betula pendula
Carpinus betulus
Prunus avium
Quercus robur
Sorbus aria
Sorbus torminalis
Tilia platyphyllos

Vorschlagsliste Strauchbäume:

Alnus spathulifera
Carpinus betulus „Fastigiata“
Corylus colurna
Fraxinus excelsior
Quercus robur
Tilia cordata „Griessglocke“
Tilia europaea „Palida“
Kaiserlinde
* für die Pflanzung an Straßen im innerstädtischen Raum besonders geeignete Sorte

II Nachrichtliche Übernahmen

§ 9 Abs. 6 BauGB

§ 12 LuftVG

Baubeschränkungen im Bereich des Flughafens

Der Geltungsbereich befindet sich im Bauschutzbereich nach § 12 LuftVG des Vertriebsgesetzes „Örtlicher Mannheimer“. Die Errichtung von Bauwerken in diesem Bereich bedarf der Zustimmung der Luftfahrtbehörde.

III Hinweise

1. Baumschutzsatzung

Für den Schutz des Baumbestandes innerhalb des Geltungsbereichs wird auf die Satzung der Stadt Mannheim über den Schutz von Grünbeständen (Baumschutzsatzung) vom 28. November 1995 hingewiesen.

2. Schutz von unterirdischen Leitungen

Bei der Verlegung von Leitungen sind die bestehenden und die im Bebauungsplan festgesetzten Geländestände freizuhalten (gemäß Maßstab über Baumbestand und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen, FGSV 636). Versorgungsleitungen müssen einen Mindestabstand von 2,5 m zu den Pflanzungen einhalten.

3. Pflanzungen

Die Pflanzungen und Pflanzarbeiten sind gemäß DIN 19816 durchzuführen. Für die Pflanzungen und Pflanzarbeiten gelten die Standards aus dem Handbuch „Vorgaben für das Planen und Bauen im öffentlichen Bereich“ des Fachbereichs 51 der Stadt Mannheim. Für die Anlage von Rasen und Saatarbeiten gilt DIN 19817. Die Entwicklungs- und Unterhaltungspflege von Grünflächen ist gemäß DIN 19819 durchzuführen.

4. Baumschutzmaßnahmen

Während der Bauphase sind gefährdete Einzelbäume im Bereich der Baustelle vor Beschädigungen von Stamm und Wurzelraum durch Sicherungsmaßnahmen gemäß der Richtlinien zum Schutz von Bäumen und Strüchern im Bereich von Baustellen“ (RAB-LO-4) und DIN 19892 zu schützen.

6. Kampfmittel

Im Vorfeld der Baumaßnahmen sind, soweit nicht schon im Rahmen der baulichen Abriss- und Bodenreinigungsarbeiten geschehen, Maßnahmen zur Kampfmittelsicherheit zu treffen. Eine kostenpflichtige Befragung (Suche nach und ggf. Umschaltmachung sowie Entsorgung von Kampfmitteln) ist durch den Kampfmittelbeseitigungsdienst des Landes Baden-Württemberg (KMBD) sowie private Firmen möglich.

6.6 Grundwasser

Bei notwendigen Grundwasserabsenkungen im Rahmen der Baumaßnahmen ist die Behandlung des geförderten Grundwassers mit dem FB 63 (Bauwerk und Umweltschutz) der Stadt Mannheim im Vorfeld abzustimmen.

7. Bestehende Richtfunktrecken

Das Polizeiraidium Mannheim betreibt eine Richtfunkstrecke, die durch den Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 43.20 „Heinrich - Lanz - Carré“ führt. Sie verläuft im Stadtgebiet Mannheims von „L57 zur Baubaustraße 44“.

Im Geltungsbereich verläuft die Richtfunkstrecke von der nordwestlichen Ecke des Geltungsbereichs nach Süden über den Hauptgürtelbereich und führt über die Südwest-Ecke des Baubaus des „Heinrich - Lanz - Carré“. Eine detaillierte Angabe über Breite und exakte Höhenlage der Richtfunkstrecke liegt nicht vor.

Um die Funktionsfähigkeit der Richtfunkstrecke nicht zu gefährden, sind während der Bauphase und nach Aufhebung der notwendigen aufgeführten Anforderungen und Auflagen zu berücksichtigen:

• Baukräne sind auf der der Lindenstraße abgewandten Seite der Baustelle aufzustellen.

• Baukräne sind so zu betreiben, dass die betreffende Luftraum nur im konkreten Arbeitszeitpunkt (kurzzeitig und nur soweit unbedingt nötig) in Anspruch genommen wird.

• Es ist zu vermeiden, temporäre Bauteile zu errichten, die die Richtfunkstrecke beeinträchtigen.

• Es ist sicher zu stellen, dass die Polizei im Falle tatsächlicher Störungen auf dem Gebäude passive Technik zur korrigierenden Unterbrechung der Richtfunkstrecke errichten darf.

8. Dem Bebauungsplan liegt folgende Fassung der BauNVO zugrunde:

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. S. 133) zuletzt geändert am 22.04.1993

9. Planzeichnung

Längensmaß und Höhenangaben sind in Metern angegeben.

IV Anhang – Pflanzlisten

Pflanzarten

Die Artenauswahl für Grünpflanzungen soll die besonderen ständörtlichen Gegebenheiten (Klima, Boden, Wasser, Lichtbedarf) der innerstädtischen bebaubaren Vor- schläge für die zur Auswahl stehenden Pflanzarten für die Bepflanzung im Straßenraum und die Fassadenbegrünung sind in den Pflanzlisten genannt.

Vorschlagsliste Bäume:

Acer campestre
Acer platanoides
Betula pendula
Carpinus betulus
Prunus avium
Quercus robur
Sorbus aria
Sorbus torminalis
Tilia platyphyllos

Vorschlagsliste Strauchbäume:

Alnus spathulifera
Carpinus betulus „Fastigiata“
Corylus colurna
Fraxinus excelsior
Quercus robur
Tilia cordata „Griessglocke“
Tilia europaea „Palida“
Kaiserlinde
* für die Pflanzung an Straßen im innerstädtischen Raum besonders geeignete Sorte

Vorschlagsliste Sträucher:

Berberis vulgaris
Cornus sanguinea
Crataegus monogyna
Crataegus laevigata
Eunymus europaeus
Fraxinus alba
Ligustrum vulgare
Prunus cerasifera
Prunus spinosa
Rhamnus cathartica
Rosa canina
Rubus rubiginos
Salix caprea
Salix purpurea
Viburnum lantana

Berberis
Hartfagel
Engfäuliger Weißdorn
Zweifäuliger Weißdorn
Pfaffenhütchen
Ligustrum
Kirschlorbeer
Schlehe
Kreuzdorn
Hunds-Rose
Weinrose
Salk-Häide
Purpurweide
Wolliger Schneeball

Vorschlagsliste Kletterpflanzen:

Ohne Rankhilfen:
Parthenocarpus tricuspidata
Hedera helix

Ohne Rankhilfen:
Clematis montana
Fallopia aurea
Lonicera caprifolium
Wisteria sinensis
Rosa in Sorten
Hydrangea petiolaris
Vitis vinifera

Ohne Rankhilfen:
Wilder Wein
Efeu

Vorschlagsliste Bodendecker:

Elyx, Symphoricarpos-arten, Lonicera-Arten, Lavendel, bodendeckende Rosen

Rechtsgrundlagen

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan basiert auf den folgenden Rechtsgrundlagen in der jeweils zum Zeitpunkt der Beschlussfassung gültigen Fassung:

• Baugesetzbuch (BauGB)
• Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung - BauNVO)
• Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichnungsverordnung 1990 - PlanZV 90)
• Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)
• Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG)
• Sachbezogene Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verkehrsmittelverordnung - 16. BImSchV)

ÜBERSICHTSPLAN

Das Bebauungsplan besteht aus dem Durchführungsvertrag.

Zu diesem Bebauungsplan besteht ein städtebaulicher Vertrag.

Planfassung für die Ausfertigung (Ausfertigungsexemplar).

Dieser Plan ist Bestandteil der Beschlussanlage

Nr. 290/2007 im AUT am 11.07.2007

Nr. 290/2007 im GR am 24.07.2007

VERFAHRENSVERMERKE

Aufstellungsbeschluss (§ 6 Abs. 3 Hauptatzung)

Öffentliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses (§ 2 Abs. 1 BauGB)

Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 9 Abs. 1 BauGB)

Planauslegung

Bürgerbeteiligung

Beteiligung der Behörden (§ 4 Abs. 1 BauGB)

Ausstellungsbeschluss (§ 8 Abs. 3 Hauptatzung)

Öffentliche Bekanntmachung des Ausstellungsbeschlusses (§ 3 Abs. 2 BauGB)

Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 9 Abs. 1 BauGB)

Planauslegung

Beteiligung der Behörden (§ 4 Abs. 2 BauGB)

Der Wortlaut und die zehnteilige Darstellung dieser Satzungen) Stand:

am 24.07.2007

von Gemeinderat beschlossen

Mannheim, 24.07.2007

BEREICH BAUFÜHRUNG

der Bebauungsplan ist ein Bestandteil der Beschlussanlage

Nr. 290/2007 im AUT am 11.07.2007

Nr. 290/2007 im GR am 24.07.2007

RECHTSGRUNDLAGEN

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan basiert auf den folgenden Rechtsgrundlagen in der jeweils zum Zeitpunkt der Beschlussfassung gültigen Fassung:

• Baugesetzbuch (BauGB)
• Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung - BauNVO)
• Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichnungsverordnung 1990 - PlanZV 90)
• Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)
• Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG)
• Sachbezogene Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verkehrsmittelverordnung - 16. BImSchV)

ÜBERSICHTSPLAN

Das Bebauungsplan besteht aus dem Durchführungsvertrag.

Zu diesem Bebauungsplan besteht ein städtebaulicher Vertrag.

Planfassung für die Ausfertigung (Ausfertigungsexemplar).